

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Ulrike Flach, Otto Fricke, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Karl Addicks, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Elke Hoff, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Jörg Rohde, Dr. Konrad Schily, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6424, 16/6425 –**

### **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Personalsituation im Auswärtigen Dienst ist insgesamt unbefriedigend. Der Personalbestand des Auswärtigen Dienstes ist auf die Größenordnung vor dem europäischen Einigungsprozess gesunken. Die aktuelle Stellenausstattung des Auswärtigen Amtes ist signifikant kleiner als entsprechende diplomatische Dienste vergleichbarer Staaten und hält daher mit den gewachsenen Aufgaben nicht mehr Schritt.

Die Anforderungen an den Auswärtigen Dienst sind in dem Maße gestiegen, wie die Herausforderungen für Deutschland zugenommen haben und die internationale Verantwortung gewachsen ist. Diese Herausforderung kann nur durch die Bereitstellung entsprechender Ressourcen – vor allem im Personalbereich – bewältigt werden.

Mit zwei Reforminitiativen hat das Auswärtige Amt die Effizienz und Effektivität des Personals gesteigert, damit der Auswärtige Dienst angesichts dieser Personalknappheit neuen außenpolitischen Herausforderungen so weit wie möglich gerecht werden kann.

Außenpolitisches Handeln wird von der Dynamik der internationalen Beziehungen geprägt. Die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands wird ohne eine adäquate Personalausstattung nicht erhalten bleiben können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den bisher kontinuierlich durchgeführten Planstellen- und Stellenabbau im Auswärtigen Dienst in der bisherigen Form nicht fortzusetzen und den Auswärtigen Dienst von der in § 20 des Haushaltsgesetzes 2008 geplanten Stelleinsparung von 0,9 Prozent auszunehmen.

Berlin, den 30. November 2007

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**